

Die "multikulturelle Schweiz" : Modell oder ein Mythos?

Autor(en): **Ritschard, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **72 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341073>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die „multikulturelle Schweiz“ — Modell oder ein Mythos?

„Es ist eigentlich kein Verhältnis. Es ist ein Nebeneinanderleben, aber kein Zusammenleben. Was fehlt, ist der Dialog, das Gespräch zwischen Deutsch und Welsch, was fehlt ist sogar die Neugierde aufeinander, was fehlt, ist die Information.“
(Friedrich Dürrenmatt 1966)

Verschiedene Untersuchungen* zeigen, dass die kulturellen Unterschiede in der Schweiz, insbesondere zwischen den Sprachgemeinschaften, auch heute noch recht beträchtlich sind. Bestimmte politische und gesellschaftliche Fragen werden vor einem anderen kulturellen Hintergrund unterschiedlich bewertet und kodiert. Daraus entstehen andere (politi-

Rolf Ritschard

sche) Problemlösungsstrategien. Umweltprobleme, Drogenprobleme, sozialpolitische Fragestellungen werden beispielsweise in der französischen, teilweise auch in der italienischen Schweiz, ganz anders behandelt als in der deutschen Schweiz. Auch im Abstimmungsergebnis der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 zum EWR-Abkommen kommt ein markanter (kultureller) Unterschied zwischen der französischen und der übrigen Schweiz zum Ausdruck: Die französische Schweiz steht der politischen Öffnung viel positiver gegenüber als die deutsche Schweiz.

*Vgl. dazu die Arbeiten von Joye, Meier-Dallach, Nef sowie VOX- und UNIVOX-Analysen.

Sprachterritorien und Föderalismus

Die kulturellen Unterschiede und Gegensätze haben in der modernen Geschichte der Schweiz zu keinen nennenswerten politischen Schwierigkeiten geführt. Vorhandene zentrifugale Kräfte konnten immer wieder überwunden werden. Auch nach dem von manchen als Schock empfundenen 6. Dezember 1992 sind, wie es scheint, die politischen Wunden wieder mehr oder weniger verheilt.

Ist die Schweiz also ein Musterbeispiel für die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen, ein Modell für funktionierende Multikulturalität? Die Gründe dafür, dass es kaum zu grösseren Konflikten kommt, liegen einerseits im politischen System des Föderalismus, andererseits in der territorialen Segregation der Sprachkulturen. Es ist, wie Dürrenmatt schon 1966 formuliert hat, ein Nebeneinanderleben, aber kein Zusammenleben. Es ist gar nicht notwendig, dass wir uns mit anderen Mentalitäten und Auffassungen auseinandersetzen. Die sprachkulturelle Durchmischung der schweizerischen Gesellschaft ist sehr gering und beschränkt sich auf die politische und ökonomische Elite. Der Föderalismus unterstützt diese gesellschaftlich-kulturelle Segregation, indem ein grosser Teil der politischen Kompetenzen den Gemeinden und Kantonen zugeordnet ist und eine Auseinandersetzung für politische Lösungsansätze auf nationaler Ebene gar nicht stattfinden muss.

Es ist gar nicht
notwendig, dass
wir uns mit
anderen
Mentalitäten und
Auffassungen
auseinandersetzen

**Zu einer wirklich
multikulturellen
Schweiz würde
nicht nur der
kulturelle
Austausch,
sondern auch die
politische und
soziale
Integration
gehören.**

Zudem haben wechselnde Koalitionen zwischen den Minderheiten in politischen Fragen dazu geführt, dass kaum ein kontinuierlich vorhandenes und antagonistisches Konfliktpotential zwischen stets gleichbleibenden Mehrheiten und Minderheiten, beispielsweise zwischen der deutschen und der lateinischen Schweiz, entstehen konnte. Die meist als progressiver geltende französische Schweiz hat sich in den vergangenen Jahrzehnten oft der eher als konservativ geltenden Innerschweiz angeschlossen, um eidgenössische Vorlagen zu Fall zu bringen, welche zentralistische Lösungsansätze favorisierten. Minderheiten können deshalb in der Schweiz auch immer wieder zur Mehrheit gehören. Zum wichtigsten Kitt, der die Schweiz jedoch zusammenhält, gehört die Tatsache, dass alle Minderheiten während Jahrzehnten in einem politisch zerrissenen Europa ökonomisch profitiert haben. Die Schweiz ist in diesem Sinne nicht nur eine politische Willensnation, wie oft behauptet wird, sondern eine Nation, die „utilitär“ auf der Grundlage handfester ökonomischer Interessen zusammengehalten wird.

Mehr interkulturelle Auseinandersetzung

Mit der Globalisierung der ökonomischen Märkte und der damit einhergehenden Umwandlung der klassischen Aussenpolitik zu einer Weltinnenpolitik werden in zunehmendem Ausmass nationale und internationale politische Lösungsansätze wichtiger. Die gegenwärtige Form des in der Schweiz praktizierten Föderalismus, der sich bisher vor allem durch Abgrenzung und Nichteinmischung auszeichnete, dürfte unter diesen Bedingungen langfristig kaum überlebensfähig sein. Gefordert ist aber nicht etwa die Abschaffung des Föderalismus, der auch als Garant der kulturellen Vielfalt betrachtet werden kann, sondern seine Umwandlung in eine

neue Form, in welcher die Zusammenarbeit im Rahmen geteilter, aber gemeinsam verantworteter Kompetenzen im Vordergrund stehen müsste. Diese neue Form des Föderalismus bedingt nicht nur den Dialog und das Gespräch, sondern auch die politische und kulturelle Auseinandersetzung. Die Schweiz müsste sich von einer „multikulturellen Gesellschaft“, in der eine Vielfalt kultureller Minderheiten scheinbar gleichgültig nebeneinanderlebt, zu einer „interkulturellen Gesellschaft“ verwandeln, in welcher die gegenseitige Wahrnehmung des je Eigenen und Fremden im eigenen Land und damit der kulturelle Austausch zu einer zentralen Aufgabe würde.

Die Schweiz als Modell Europas? – Im Rahmen des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses der Europäischen Union könnte die Schweiz mit ihrem erstarrten Föderalismus schon seit längerer Zeit ins Hintertreffen geraten sein – nur hat sie es noch nicht gemerkt. Gab und gibt es in Europa nicht anderswo multikulturelle Gesellschaften, in denen interkulturelle Beziehungen das Wesen dieser Gesellschaften begründen und die deshalb eher als Beispiele für Europa Geltung haben könnten? Ich denke an Bosnien-Herzegovina, das heute allerdings von faschistischen Kräften zerstört wird.

Zentrifugale Kräfte durch ökonomische Entwicklung

Das Primat der Ökonomie in modernen Gesellschaften droht politisch austarierte Gleichgewichte auch in der Schweiz zu untergraben. Die im Rahmen verschiedener wirtschaftlicher Rezessionen hervorgerufene Verlagerung ökonomischer Entscheidungsmacht von der französischen und italienischen in die deutsche Schweiz und die gegenwärtig mit unterschiedlichen Arbeitslosenquoten besonders sichtbar gewordenen ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Sprachgemeinschaften



Autogarage Bern: Luis (Spanien), Paolo (Italien), Skelzen (Albanien), Hai (Vietnam), Pasquale (Italien), Michel (Schweiz), Paolo (Italien).

ten könnten den Zusammenhalt nachhaltiger schwächen als jede noch so grosse kulturelle Differenz.

Solche Benachteiligungen werden oft im kulturpolitischen Bereich am raschesten sichtbar. Die Vehemenz beispielsweise, mit der in der französischen Schweiz in der Sprachenfrage ein sehr rigides Territorialitätsprinzip verteidigt wird, ist ein Zeichen für ein gestörtes Verhältnis zwischen deutschschweizerischer Bevölkerungsmehrheit und französischsprachiger Minderheit. Der Rückzug in die eigene Sprache und in die eigene Kultur mag als ethnozentrischer Irrweg kultureller „Reinheit“, „Einzigartigkeit“ und „Differenz“ zu anderen kulturellen Minderheiten politisch irritieren, er signalisiert aber einen schleichenden Verlust politischer und ökonomischer Einflussmöglichkeiten. Das gilt allerdings nicht nur für die französische, sondern für die ganze Schweiz.

Politische und ökonomische Verunsicherung kann in einer Überhöhung der eigenen Kultur zum Ausdruck kommen, die

zur Quelle der Bestätigung und der Sicherheit wird, die aber auch zur kulturellen Fundamentalopposition gegenüber allen anderen kulturellen Auffassungen verkommen kann. Wenn der „Kitt“ des ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhaltes in Zukunft weiter abbröckeln sollte, dann drohen die politischen Konflikte heftiger zu werden. Zentrifugale Kräfte könnten dann, ähnlich wie in der Jurafrage, zusätzlichen Auftrieb erhalten. Verstärkt werden solche Tendenzen, wenn – wie in den letzten Jahrzehnten öfters vorgekommen – die französische Schweiz in zentralen politischen Fragen immer wieder überstimmt wird.

Die AusländerInnen- und Asylfrage

Die Multikulturalität der Schweiz widerspiegelt sich nicht nur in einer territorial mehr oder weniger segregierten kulturellen Vielfalt. Es gibt kulturelle Minderheiten, die mitten unter uns leben. Während

**Die vorhandenen
und politisch
gravierenden
kulturellen
Konfliktpotentiale
dürfen nicht
unterschätzt oder
verdrängt
werden.**

die politische und soziale Integration der (sprach)kulturellen Minderheiten im modernen Bundesstaat schon seit 1848 erfolgt ist und mit dem Föderalismus eine politisch recht überzeugende Lösung gefunden haben mag, ist die politische und soziale Partizipation nicht territorial gebundener (kultureller) Minderheiten weit schwieriger verlaufen.

Das zeigt sich heute besonders deutlich in der AusländerInnen- und Asylfrage. Die so hoch gepriesene Multikulturalität der Schweiz kann sich nicht mehr nur auf die einheimische Bevölkerung beschränken, denn der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung macht immerhin knapp einen Fünftel aus. Zu einer wirklich multikulturellen Schweiz würde nicht nur der kulturelle Austausch, sondern auch die politische und soziale Integration gehören – Anforderungen, die in der Schweiz, wie beispielsweise das Saisonnierstatut zeigt, bei weitem nicht eingelöst sind.

Die Betonung der Verständigungsprobleme zwischen den (einheimischen) Sprachkulturen lenkt ab von weit gravierenderen sozialen Integrationsproblemen: Die soziale Frage ist im Kontext des real existierenden Kapitalismus nicht verschwunden. Die forcierte Liberalisierung und Deregulierung – in läppischer Nachahmung überholter Modelle aus den USA und Grossbritannien, die in den 80er Jahren in die Sackgasse führten – verschärfen die soziale Krise und führen zu einer grösser werdenden Zahl von sozial deklassierten Bevölkerungsgruppen, die nicht nur sozial und politisch, sondern auch kulturell ausgegrenzt werden. In einer fortschrittlichen multikulturellen Gesellschaft müssten sich die politischen Anstrengungen darauf konzentrieren, verarmende Bevölke-

rungsgruppen auch mit kulturellen Mitteln politisch und sozial zu integrieren.

Verdrängung der sozialen Frage

Die politische Tabuisierung der sozialen Frage in hochproduktiven Gesellschaften wie der Schweiz verhindert die bewusste und kollektiv wirksame politische Artikulation von Bedürfnissen und erleichtert reduktionistische Sichtweisen, die alle sozialen Probleme auf angeblich nicht lösbare Akkulturationsprobleme, auf kulturell nicht überbrückbare Differenzen, zurückführen möchten. Politisch fatal wird die Angelegenheit dann, wenn ein Teil der Linken diesen Reduktionismus politisch mitträgt und die soziale Frage wie ihre politischen Gegner ausblendet. Allerdings dürfen auf der anderen Seite die vorhandenen und politisch gravierenden kulturellen Konfliktpotentiale nicht unterschätzt oder verdrängt werden. Sie müssen mit den „klassischen“ politischen Fragen moderner Gesellschaften – fortschreitende Produktivität und ungenügende Verteilung von Wohlstand und Arbeit – verknüpft werden. Nur so kann dem nicht zu unterschätzenden „kulturellen Faktor“ politisch Rechnung getragen werden. Alles andere wäre materialistischer Reduktionismus, und erwünschte soziale und politische Integrations- und Partizipationsprozesse würden zwangsläufig an der mangelnden kulturellen Integrationskapazität moderner Gesellschaften scheitern.

Rolf Ritschard ist Soziologe. Er lebt und arbeitet im Kanton Bern.